

# Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wölfe in Berlin.

## Graf Praschmas Fehderuf.

Das Zentrum ist des trüben Tones nun satt. Zwei Jahre hindurch hat es gewartet, daß ihm die in den Januarwahlen von 1907 verloren gegangene Macht von neuem wieder in den Schoß fallen würde. Aber allmählich wird ihm die Zeit zu lang; so will es wieder recht den Teufel sein. In die Rede des Grafen Praschma in Wien, die von im bereits im heutigen Morgenblatt erwähnt wurde, bedeutet eine offene Kriegserklärung gegen den Fürsten Wilow.

Wir empfinden diesen Vorgang durchaus nicht als unangenehm. Es war schon längst wünschenswert und notwendig, in die Parteiverhältnisse Klarheit zu bringen. Und gerade bei den Beratungen über die Reichsfinanzreform wackelten die Vertreter der verbündeten Parteien in bedauerlicher Schwäche zwischen dem Zentrum und den Mittelparteien hin und her. Herr Sydow glaubte sogar in feinerer Stimmung abgünstigen Selbstvertrauen zum Ziel zu kommen, wenn er Zentrum und Mittelparteien gegeneinander auspielte. Er hat sich bei diesem Bemühen allerdings nur in die Nesseln gefügt. Aber auch Fürst Wilow hat mehr, als erforderlich war, auf das Zentrum Rücksicht genommen. Er glaubte, sich immer noch die Möglichkeit offen halten zu müssen. Wenn sie ihm jetzt vom Grafen Praschma verwehrt wird, so wird wenigstens die Lage gelöst. Man kann auf die Dauer nicht zweien Herren dienen.

Was Graf Praschma gegen den Fürsten Wilow in Wien vorgetragen hat, das ist nichts, was man nicht schon vorher gemutet hätte. Er behauptet, daß der Fürst Wilow gewisse Teile der den Antrag Serbols zu Fall gebracht habe. Wir haben den Antrag Serbol von Anfang an für unannehmbar gehalten und können deshalb kein staatsmännisches Bedauern daran haben, daß er durch die Unterstützung des Fürsten Wilow um die Ecke gebracht wurde. Was wir dem Fürsten Wilow zum Vorwurf machen, ist nur, daß er nicht auf der Nachschleife stand, sondern das Selbstvertrauen um sich wusch. Durch die letzten Grundsätze doch nichts anderes als eine reaktionelle Wendung des Serbol'schen Vorschlags war. Graf Praschma wirkt dem Fürsten Wilow vor, daß er nur persönliche Politik treibe. Wir wissen, daß die Finanzreform nicht nach sachlichen Gesichtspunkten gemacht wird, sondern allein von dem Gesichtspunkte aus, ob der Minister, der sich verlohren hat, mit dem Grafen, und zwar nur mit dem Grafen zu arbeiten, im Stande bleiben kann. Wir wissen nunmehr, daß in dieser eminent nationalen Frage, die unterkreuzt hier das Wort national, nicht das Interesse, das Wohl des Staates, sondern einzig das Interesse der Person maßgebend ist. Man kann die Frage, inwiefern Graf Praschma in dieser Beziehung befangen ist, vorläufig auf sich beruhen lassen. Um so mehr wird man fragen müssen, ob denn das Zentrum für sich in Anspruch nehmen kann, "nationale" Politik getrieben zu haben. Die in den letzten Jahren beobachtete Politik des Zentrums war ein Echo auf die nationalen Bedürfnisse und Erwartungen. Das Zentrum hat in Kreußen die Wahlreform bestritten, in Preußen seinen Grundgedanken ruinieren helfen, es hat alles, was in seinen Kräftestand, gekam, um die Verfassungsbewegung im Reich auf den toten Strang zu ziehen, und es hat bei der Reichsfinanzreform die Nachschleife in schönem Verbund mit den Agrariern abgemürt. Eine solche Politik sollte doch das Wort "national" so parlan als möglich gebrauchen.

Endlich glaubt Graf Praschma den Kaiser gegen den Kanzler in Schutz nehmen zu müssen. Er glaubt damit, daß die Politik des Fürsten Wilow für die allein seine persönlichen Interessen und die Möglichkeit, sich im Amte zu erhalten, maßgebend seien, eine nationale Gefahr bedeute. Man wird dem Zentrum gewiß nicht berechnen wollen, seine politischen Grundgedanken zu vertieren. Aber die ganze Darlegung des Grafen Praschma ist doch mit konstitutionellen Rücksichten nichts mehr zu tun. Es handelt sich ganz einfach darum, daß der Fürst Wilow auf den Kaiser durch den Einfluß des Zentrums erlegt wird. Wir verstehen unter diesen Umständen nicht recht, weshalb sich Graf Praschma so sehr über die Behauptung ärgert, daß Graf Praschma seinen und Krantziuncker an der Arbeit wären, sich dem Kaiser lieb und zu machen. Er befähigt ja nur die Wahrscheinlichkeit dieser Behauptung.

Soweit Fürst Wilow sich von den Praschma'schen Behauptungen getroffen fühlt, möge er sich selbst zum Rat wehren. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, seine Politik zu verteidigen, auch wenn wir ihm nicht die Motive unterstellen, die Graf Praschma bei ihm als maßgebend ansieht. Aber soweit die Sache in Frage kommt, können wir nur mit aller Entschiedenheit sagen, daß die Haltung des Zentrums in allen vom Grafen Praschma berührten Fragen durchaus liberal ist. Nicht auf die Wahrung konstitutioneller Rechte des Monarchen, die niemals gefährdet waren, kommt es an, sondern auf die Wahrung der konstitutionellen Rechte des Volkes und des Reichstags.

Nicht der Antrag Serbol steht zur Debatte, sondern die Nachschleife. Und nicht um die Person des Fürsten Wilow handelt es sich, sondern um die Abwehr einer neuen Konfessionen Wehrheit, wie sie das Zentrum erstrebt und welche die noch höher steht als unteres politisches Bewußtsein ist die Entierung der Reichsfinanzen. Kommt es nichts Grundsätzliches geben als eine Krampfkrise des Zentrums. Dann müßte vielleicht Fürst Wilow seinen Platz räumen, vielleicht käme es auch zu Neuwahlen, aber wir sind überzeugt, daß auch mit den Sozialisten gründlich aufgeräumt würde.

## Das letzte Wort an Serbien.

© Wien, 17. März. (Privat-Telegramm.)

Die Kriegs- und Friedensfrage befreit seit vollständig alle Diskussion. Die Welt ist jetzt sehr erregt und eskompiert bereits den Krieg. Man hätte ihn auch leicht in politischen Kreisen und in der Bevölkerung für kaum mehr vermeidlich. Heute wurde wieder ein neuer gemeinsamer Schritt der Mächte in Belgien signalisiert, doch belagern andere Nachrichten, daß nur einzelne Mächte nochmals zum Frieden mahnen wollen. Im allgemeinen findet man die Haltung der Mächte sehr tau. Scherz wird hier die Haltung der Italiener kritisiert. Italien steht nicht nur geschlossen zu der Oesterreich feindlichen Forderung, sondern ist offiziell Organe, wie namentlich die "Tribuna", würden sogar nicht müde mit Anfechtungen Serbiens. Die gestrigen Beschlüsse des gemeinsamen Ministerrats, Rumänien jene landwirtschaftlichen Vorteile zu gewähren, die gewöhnlich Serbien gewährt werden, allgemein so gedeutet, daß die Regierung bereits mit den Karaczer in Oesterreich wie in Ungarn ein einig großes Import geschlossenen Abzuges auf zwei Balkanstaaten getroffen wurde.

Von gut unterrichteter Seite erfährt ich, daß die österreichische Note die Serbien am Sonnabend überreicht werden soll, bei aller Höflichkeit und konsultanten Haltung so entchieden sein wird, daß es überflüssig sein wird, an Serbien eventuell später ein förmliches Ultimatum zu richten. Solange nicht eine völlig befriedigende Antwort auf die Fragen, die gestellt werden sollen, so ist die Situation ungewiss, man werde die Konsequenzen daraus selbst ziehen. Der nächste Schritt Oesterreich-Ungarns werde eine Zirkularnote an die Mächte sein, in der die Entschlüsse bargelegt und die Gründe angegeben werden sollen, die Oesterreich zu weiterem Vorgehen veranlassen.

Der gestrige Tag war von Gerüchten stark bewegt, doch ist nichts geschehen, was die Situation gegenüber Serbien geändert hätte. Von einer Veränderung der Lage wird man erst nach dem Bekanntwerden der am Sonnabend zu überreichenden Note sprechen können. Doch drüben wurde Anzeichen darauf hin, daß der Frieden erhalten werden kann. Die Mächte mahnen Serbien einbringlich, bereit zu antworten. Serbien sagt die R. F. P., hat sehr viel zu verlieren, und manches von dem, was Oesterreich ihm bereits verweigert hat. Die Serbier-Gente hat es nicht für sich, den Frieden zu geben, die Türkei ist voll Misstrauen und Bulgarien gleicht frohlockend an die Zukunft, die es den serbischen Feinden verboden wird König Peter erstreckt "pour le roi de bulgarie". Der Krieg kann nur ausbrechen, die es dem gleichzeitigen Vorgehen der Antretreuehaltung des abgehandelten Vertrags förmlich. Die serbische Regierung glaubt, daß die diese Worte ein Weg bestanden würde, welcher zu Stabilisierung des Friedens und guter nachbarlicher Beziehungen führt und heißt auch, daß die militärischen Maßnahmen, welche auf der einen und der anderen Seite vorgenommen wurden, auf der serbischen Seite allerdings in bedeutend engerem und beschränkterem Rahmen als seitens Oesterreich-Ungarns, unterbrochen werden könnten. Serbien wurde dies mit äußerster Zufriedenheit begrüßt.

## Das türkische Durchführverbot.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

Bezüglich der Frage der Munitionsdurchfuhr nach Serbien erklärte der Großvezir folgendes: Serbien wollte Sattel, Gewehre usw. also Dinge, die nicht direkt unter den Begriff "Waffen und Munition" fallen, durchführen. Diese bereits bestellten Gegenstände dürfen, da sie nicht mit der Bestimmung des Handelsvertrages kollidieren, durchgeführt werden. Dagegen ist die Durchfuhr von Waffen und Munition absolut verboten. § 6 des Handelsvertrages bestimmt ausdrücklich, daß die Einfuhr und die Durchfuhr von Pulver, Dynamit und anderen Explosivstoffen sowie von chemischen, für die Fabrication von Explosivstoffen dienenden Materialien, von Raketen, Kriegswaffen und Subjoren und Militärmunition förmlich verboten sind. Nur der hiesigen serbischen Gesandtschaft hofft man trotzdem noch immer auf die Erlaubnis für die Durchfuhr des Materials, das mit dem Dynamit "Orinot" in Salonik erwartet wird.

Frankfurt a. M., 17. März. Die Frankf. Ztg. meldet aus Sofia: Bulgarien, die Frankf. Ztg. meldet aus Sofia: Bulgarien, die Durchfuhr für Serbien bestimmten, in Salonik angehaltenen Kriegsmaterials über Bana.

## Die Stimmung in Russland.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

© Petersburg, 17. März. Mit feierlichem Interesse und größter Ungeheub wartet die Bevölkerung auf Nachrichten aus Serbien und Oesterreich. Alle anderen Geschehnisse sind durch die Kriegsgelahr bedingt in den Hintergrund gedrängt. In Moskau wird die Nachricht der Unterzeichnung des Krieges unermesslich wichtig. Die Nachricht wird verbreitet, daß Deutschland Oesterreich in den Krieg hineintreibt; betont wird aber, daß Russland

unter keinen Umständen, nicht Oesterreich noch mit Deutschland, Krieg führt.

© Paris, 17. März.

Der ziemlich komplizierte Vorschlag, den vor einiger Zeit Russland zur Beilegung der Differenzen zwischen der Türkei und Bulgarien machte, hat jetzt zum Erfolg geführt. Das finanzielle Gesicht des Ministers Zwolofski wurde, als der Vorschlag aufständische allgemeine Beunruhigung, sondern in der französischen Presse, und die Diplomatie Zwolofski sehr warm anerkannt. Es wird interessiert sein zu erfahren, daß Herr Zwolofski die Ehre, die ihm damals so reichlich zuteil wurden, nicht ganz verdient. Der Vorschlag ist von Herrn Arthur Raffetowitsch, dem russischen Finanzbeamten in Paris, in allen Einzelheiten ausgearbeitet und dem auswärtigen Amt in Petersburg unterbreitet worden. Diese Mitteilung ist absolut zuverlässig. Ich halte sie auch, auch wenn ein Zementi erfolgen wird. Eine weitere Kombination, die von einigen gut informierten Persönlichkeiten an diese Zeitungs geschickt wird, teile ich ohne eigene Gewähr mit. Es wird gesagt, daß der frühere Ministerpräsident Witte, dessen persönliche Beziehungen zu Raslawofski bekannt sind, dem Vorschlag nicht fernstehe und vielleicht sogar an seiner diplomatischen Stillierung mitgearbeitet habe.

## Die österreichischen Rüstungen.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

© Wien, 17. März. Bis April wird, wie ich höre, an den Grenzen Serbiens eine so große österreichische Truppenmacht angemeinelt sein, wie man in Europa kaum ahnt und in Serbien sicher nicht erwartet. Auch die künftigen Säbengrenzen, namentlich in Tirol, Harren von Truppen, und in anderen östlichen Teilen der Monarchie sind Vorkehrungen getroffen, die jeden Waffengang mit Oesterreich-Ungarn als ein sehr bedeutendes Unternehmen erscheinen lassen müssen.

© Prag, 17. März. (Privat-Telegramm.)

Wie ich aus authentischer Quelle erfährt wurde, sollen die "Ordre de bataille" telegraphisch geändert. Die früher in erster Linie bestimmte zehnte Infanterietruppendivision bleibt bis auf weiteres in Wöhren. Eine Truppenkorps, die einzelnen Abteilungen in Bosnien haben, werden mobilisiert. Ferner werden alle Truppenkontingente von Böhmen auf erhöhten Stand gesetzt und in das böhmische Gebiet abgeschickt, so daß nur ein Bataillon eines jeden Infanterieregiments in Böhmen verbleibt. Außerdem werden Artillerie- und Jägertruppen auf erhöhten Stand gesetzt. In Böhmen verbleiben also nur von jedem Regiment ein Bataillon und die zehnte Infanterietruppendivision.

Heute vormittag erhielt die Westbalkanmannschaft in Lienz durch einen speziellen Boten eine große Anzahl von Erläuterungen, die sie an die einzelnen Gemeindeglieder zu übermitteln hat. Es handelt sich um die Resolution des Infanterieregiments Nr. 42, die in den nächsten Tagen an die böhmische Grenzgarde abgehen. Nicht nur in Lienz, sondern auch in anderen Westbalkanmannschaften sind derartige Maßnahmen getroffen worden.

## Die englische Antwort.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

© Wien, 17. März. Eine Meldung der R. F. P. besagt: Die Antwort Englands auf die österreichische Politikierung des Oesterreich-türkischen Abkommens ist nach Wien abgegangen. Eine gleiche Note ist auch von Frankreich, Russland und Italien unterwegs. In der englischen Note betont England, es sei durchaus willens, sich in Arrangements betreffend eine Konferenz einzulassen, um die Fragen zu behandeln, bezüglich deren ein Einverständnis erreicht ist (tatsächlich österreichisches Liebererintommen).

England ist, wie ich hierzu erfährt, die erste Macht, die die Zirkularnote beantwortet hat, da bisher nur zwei Gratulationen von Zülw und Widen an Aehrenthal emfielen. Die englische Antwort wird hier nicht unangenehm aufgenommen, doch besteht nach wie vor der Wunsch, daß alle Mächte bereits in dieser Angelegenheit die Zirkularnote das Arrangement um die Türkei zur ansprechen sollten. Serbien, so wird mir erklärt, hätte ausprechen sollen. Serbien, so wird mir erklärt, hätte ohne den Widerspruch einiger Mächte gegen die Annahme Oesterreich-Ungarns zu provozieren und keine Truppen an die österreichischen Grenzen zu dirigieren. Wollte Europa den Frieden erhalten und die Gefahren eines Weltkrieges in letzter Stunde vermeiden, so sei es dringend nötig, daß jene Mächte ihre Haltung ändern und Erklärungen geben, die Serbien alle weitere Zustimmung nehmen. Die serbische Frage geht Europa nichts an, da sie in keinem Verhältnis zu dem Berliner Vertrag stehe, und könne nur durch direkte Verhandlungen gelöst werden. Jene, die Serbien von solchen Verhandlungen abrieten und es in seiner trüben Haltung bestärken, seien die eigentlichen Unruheherde, und es könnte unter Umständen für sie schwer werden, sich der Folgen ihrer Haltung zu entziehen. Die Sache werde blutig ernt, und man sollte meinen, daß die Zeit der diplomatischen Ranken und Zwiedrängnissen vorüber sei.